
Fachgebiet Öffentliches Recht
Prof. Dr. Viola Schmid, LL.M. (Harvard)



Öffentliches Recht I

Wintersemester 2009/2010



Basics

Vorlesungsetikette

§ 1 UWG Zweck des Gesetzes

Dieses Gesetz dient dem Schutz der Mitbewerber, der Verbraucherinnen und der Verbraucher sowie der sonstigen Marktteilnehmer vor unlauteren geschäftlichen Handlungen. Es schützt zugleich das Interesse der Allgemeinheit an einem unverfälschten Wettbewerb.

- mit männlicher Rechtssprache befassen sich auch Schoret: „Zwischenruf – Der Generalbundesanwalt ist eine Frau“, in: ZRP 2007, 60; und darauf erwidern: Kunz-Hallstein: „Der Generalbundesanwalt ist eine Frau“, in: ZRP 2007, 132.

Organisatorisches

- Internet-Sprechstunde
info@prof-schmid.de unter Angabe der Veranstaltung
- Konzept der flexible, sensible and sensitive solution
- Dogmatische Auslegung und Case Law
- Zitieretikette
Art. (oder §) Abs. 1 S. 1 [ev. HS. (Halbsatz), Nr. und Lit.] Abkürzung
des Gesetzestextes
Bsp.: Art. 5 Abs. 1 S. 1 1. Alt. GG
- Gesetzestext: Stober, Rolf, Wichtige Wirtschaftsverwaltungs- und Gewerbe-
gesetze, 21. Auflage, NWB Verlag 2009, € 9,90.

Lehrbücher

a) Staatsrecht und Verwaltungsrecht

- Degenhart, Christoph: Staatsrecht I, 25. Auflage 2009,
- Pieroth, Bodo / Schlink: Bernhard, Staatsrecht II - Grundrechte, 25. Aufl. 2009,
- Arndt, Hans-Wolfgang / Rudolf, Walter: Öffentliches Recht, 15. Aufl. 2007,
- Ipsen, Jörn: Staatsrecht I, Staatsorganisationsrecht, 21. Auflage 2009,
- Ipsen, Jörn: Staatsrecht II, Grundrechte, 12. Auflage 2009,
- Maurer, Hartmut: Allgemeines Verwaltungsrecht, 17. Auflage 2008,
- Detterbeck, Steffen: Öffentliches Recht, 7. Auflage 2009,
- Detterbeck, Steffen: Öffentliches Recht im Nebenfach, 2009,
- Kock, Kai-Uwe / Stüwe, Richard / Wolfgang, Hans-Michael (Hrsg.) / Zimmermann, Heiko: Öffentliches Recht und Europarecht, 4. Auflage 2007.

Lehrbücher

b) Europarecht und Völkerrecht

- Europarecht: Streinz, Rudolf: Europarecht, 8. Auflage 2008,
- Bieber, Roland / Epiney, Astrid / Haag, Marcel: Die Europäische Union - Europarecht und Politik, 8. Auflage 2009,
- Peters, Anne: Einführung in die Europäische Menschenrechtskonvention, 2003,
- Herdegen, Matthias: Völkerrecht, 8. Auflage 2009.

Öffentliches Recht I

- Basics -



Kommentare

Verfassungsrecht:

- von Münch, Ingo / Kunig, Philip (Hrsg.): Grundgesetz-Kommentar, 2 Bde., 6. Auflage 2009,
- Jarass, Hans D. / Pieroth, Bodo: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: Kommentar, 10. Auflage 2009,
- Dreier, Horst (Hrsg.): Grundgesetz-Kommentar Gesamtwerk, 3 Bde. , 2. Auflage 2008.

Europarecht:

- von der Groeben, Hans / Schwarze, Jürgen (Hrsg.): Kommentar zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft: Kommentar, 4 Bde., 6. Auflage 2007,
- Grabitz, Eberhard / Hilf, Meinhard (Hrsg.): Das Recht der Europäische Union, Loseblattsammlung,
- Calliess, Christian / Ruffert, Matthias (Hrsg.) : EUV / EGV - Kommentar, 3. Aufl. 2007.

Rechercheworkshop

1. Normen

- Europarecht: <http://eur-lex.europa.eu/de/index.htm>
- Bundesrecht: <http://www.gesetze-im-internet.de/>
- Hessenrecht: <http://www.hessenrecht.hessen.de/>

2. Rechtsprechung

- Europäischer Gerichtshof: <http://curia.europa.eu/>
- Bundesverfassungsgericht: <http://www.bverfg.de/>
- Bundesverwaltungsgericht: <http://www.bverwg.de/>
- Bundesgerichtshof: <http://www.bundesgerichtshof.de>
- ältere Entscheidungen: Universität Bern,
Sammlung „Deutschsprachiges Fallrecht (DFR)“:
<http://www.oefre.unibe.ch/law/dfr/index.html>

Rechtsnormenhierarchie in einer deutschen Betrachtung

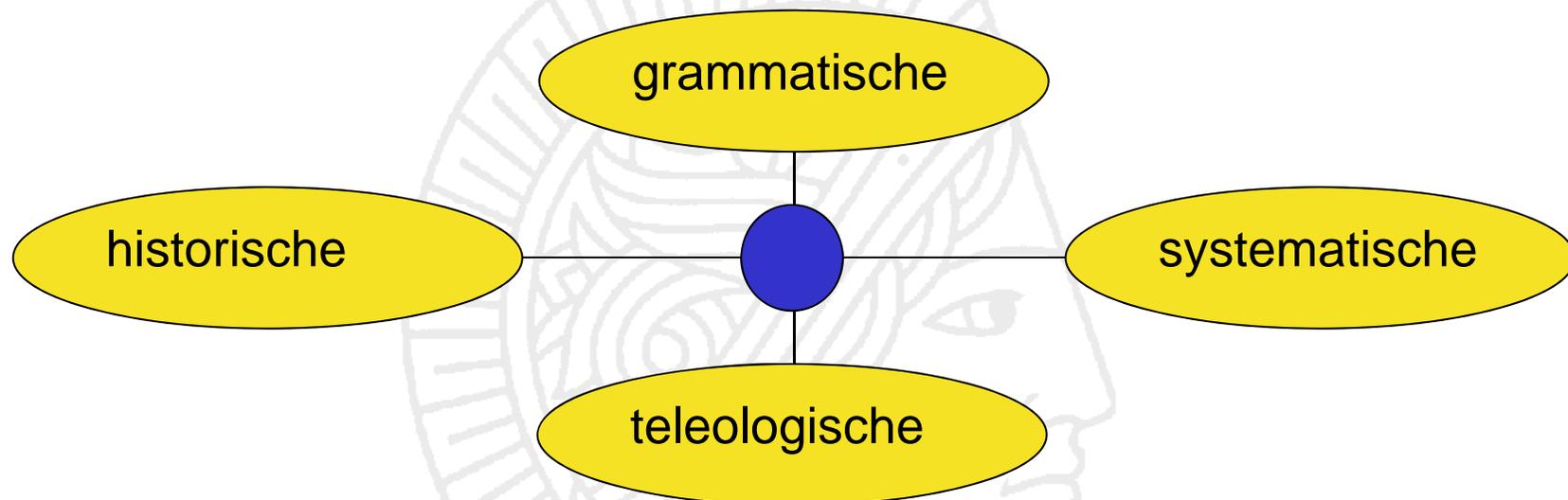
Bundesrecht	Art. 31 GG	Landesrecht
Verfassung (Grundgesetz)		Landesverfassung
Bundesgesetz		Landesgesetz
Rechtsverordnung		Rechtsverordnung
Satzung		Satzung

Adressierung an den Einzelnen erfolgt durch



Verwaltungsakt	Verwaltungsvertrag
-----------------------	---------------------------

„Klassische“ Auslegungsmethoden



- Dynamisch (technikorientierte) Auslegung
- Dogmatische Auslegung

Formelle Rechtmäßigkeit

Unter formeller Rechtmäßigkeit wird die Einhaltung der Kompetenz-, Verfahrens- und Formschriften verstanden.

Materielle Rechtmäßigkeit

Unter materieller Rechtmäßigkeit wird die Vereinbarkeit (eines Gesetzes) mit höherrangigem Recht verstanden. Hier wird etwa eine RER-Prüfung* vorgenommen (Recht, Eingriff, Rechtfertigung).

* TUD Terminologie

Öffentliches Recht I

- Basics -

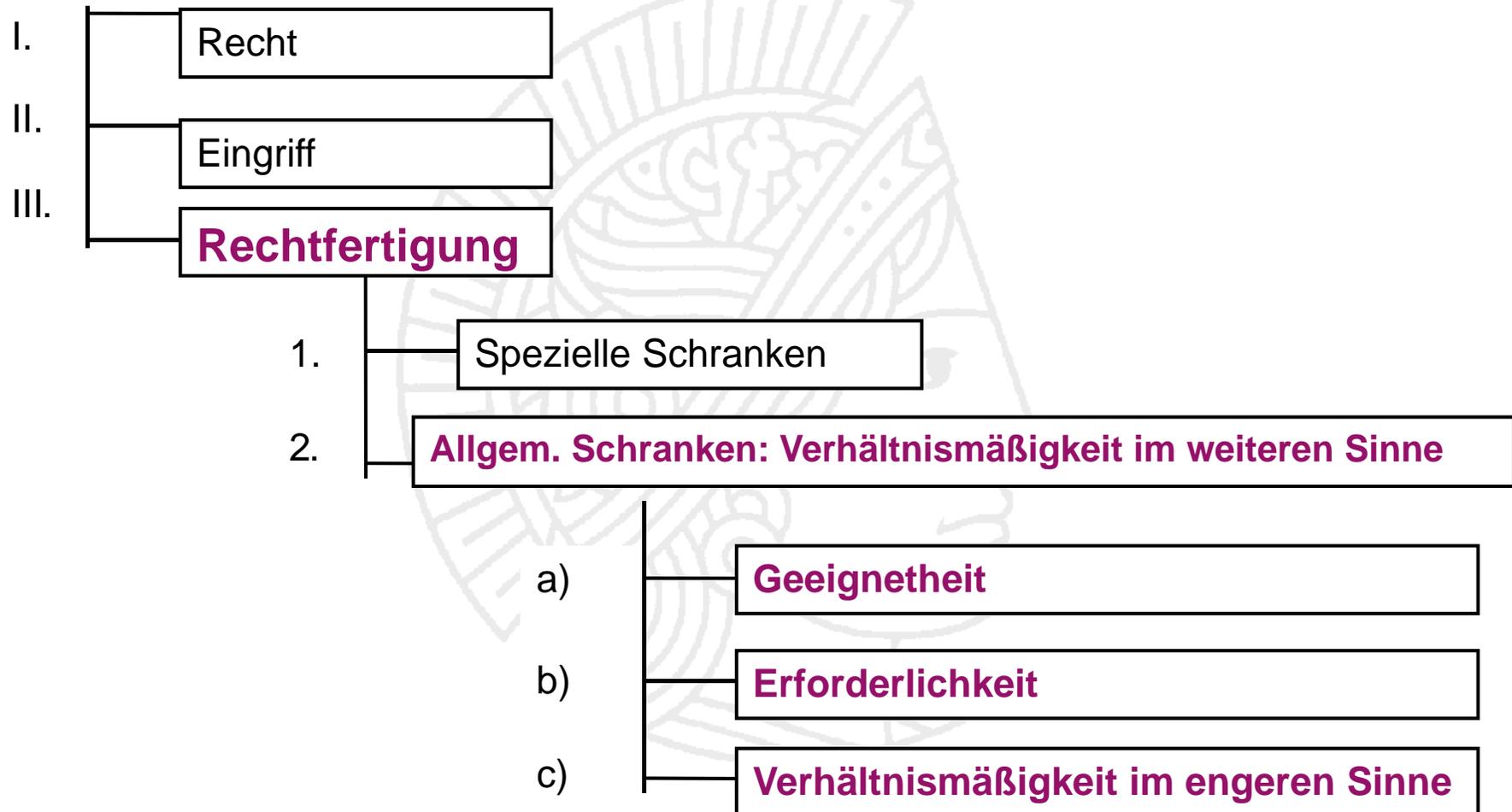


Zulässigkeit: Wie kann das zuständige Gericht in ordnungsgemäßer Form mit dem Klagebegehren befasst werden?

Begründetheit: Besteht der mit der Klage geltend gemachte Anspruch – mit anderen Worten: bekommt der Kläger¹ Recht?

1 Die Abwesenheit weiblicher Sprache bedeutet nicht die Abwesenheit weiblicher Kompetenz.

RER-Schema



Allgemeine Schranken – Verhältnismäßigkeit im **weiteren** Sinn

Geeignetheit	Eingriff muss geeignet sein, um den Schutz des Rechtsguts, das die Eingriffsrechtfertigung bildet (Rechtfertigungsrechts-gut), zu bewirken - Tauglichkeit des Mittels für den Zweck.
Erforderlichkeit	Es darf keine Maßnahme geben, die für den Schutz des Rechtfertigungsrechtsguts genauso geeignet und weniger eingreifend ist.
Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	Schwere des Eingriffs in das Eingriffsrechtsgut darf nicht außer Verhältnis zur Qualität der Förderung des Rechtfertigungsrechtsguts stehen - Grundrechtseingriff darf in seiner Intensität nicht außer Verhältnis zum angestrebten Ziel stehen.

Spezielle Schranken

FÖR Glossar:

„Spezielle Schranken“ sind solche Schranken, die im Normtext (hier GG) genannt sind oder kraft dogmatischer Auslegung die Grundrechtsverwirklichung einschränken (etwa im Wege der Konkordanz oder der Wechselwirkung).

Öffentliches Recht I

Wintersemester 2009/2010

Basics